



Ausschuss für Kommunalpolitik

66. Sitzung (öffentlich)

9. März 2005

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
1 Bildung von Haushaltsresten für Asylbewerber	1
vgl. Drucksache 13/6514	
• Bericht durch MR Mnich (IM)	1
• Diskussion	2

2	Gesetz zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW).....	8
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6099 Ausschussprotokoll 13/1417	
	<ul style="list-style-type: none">• Keine Diskussion• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>.....	8
3	Neufassung des Landesplanungsgesetzes (LPIG).....	9
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6101 Vorlagen 13/3097 und 13/3165 Zuschrift 13/4674 Ausschussprotokoll 13/1447	
	<ul style="list-style-type: none">• Diskussion• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>.....	9 10
4	Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften	10
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6222 Zuschrift 13/4629 Ausschussprotokoll 13/1425	
	<ul style="list-style-type: none">• Diskussion• Ergebnis: <i>kein Votum</i>.....	10 10

5	Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes	11
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6348 Zuschriften 13/4710 und 13/4729	
	• Diskussion	11
	• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>	11
6	Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes (Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz – LPartAnpG)	12
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6492 Vorlagen 13/3193 und 13/3223	
	• Diskussion	12
	• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>	13
7	Für eine bürgernahe Polizei in NRW	13
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/6493	
	• Diskussion	13
	• Ergebnis: <i>Ablehnung</i>	17
8	Das Jugendfördergesetz gibt keine Entwarnung: Offene Kinder- und Jugendarbeit neben der Schule erhalten!	17
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/6497	
	• Diskussion	17
	• Ergebnis: <i>Ablehnung</i>	18

9	Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik – Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen	18
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/2645 Ausschussprotokoll 13/780	
	• Diskussion	18
	• Ergebnis: <i>Ablehnung</i>	19
10	Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben – Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern – Steuerrückstände schmälern.....	19
	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/4738 Zuschriften 13/3734, 13/3738 und 13/3739 Ausschussprotokoll 13/1261 (TOP 3)	
	• Diskussion	19
	• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>	20
	Nach Abwicklung der Tagesordnung.....	20
	• Antrag der FDP-Fraktion zu rechtswidrigen Windkraftanlagen	20
	• Flächenansatzes.....	21
	• Zunehmend illegale Büros für Sportwetten.....	21

3 Neufassung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/6101

Vorlagen 13/3097 und 13/3165
Zuschrift 13/4674
Ausschussprotokoll 13/1447

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der federführende Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung habe hierzu am 24. Januar 2005 eine Anhörung durchgeführt, die mit Ausschussprotokoll 13/1447 dokumentiert sei. Der Ausschuss warte auf die Voten der mitberatenden Ausschüsse.

Franz-Josef Britz (CDU) führt aus, der Gesetzentwurf sei im zuständigen Fachausschuss intensiv beraten worden. Es gebe eine Reihe von Positionen, denen vonseiten seiner Fraktion nicht zugestimmt werden könne. Dies betreffe insbesondere die Regionalplanung, die vorweg geändert worden sei, und den RVR.

Christof Rasche (FDP) verweist darauf, dass sein Kollege Ellerbrock in der Plenardebatte einige Bereiche gelobt habe, aber auch eine Reihe von Schwächen aufgedeckt habe. Die FDP teile die Kritik der kommunalen Spitzenverbände. Die Experimentierklausel sei in jedem Einzelfall mit einer Rechtsverordnung verbunden. Das sei unnötiger bürokratischer Aufwand und stelle den Wirkungsgrad dieser Klausel in Frage.

Kritisch zu bewerten sei zudem die Beibehaltung des Genehmigungsvorbehalts. Das Gesetz für Bürokratieabbau in OWL zeige diesbezüglich den richtigen und fortschrittlichen Weg, in dem es das Genehmigungserfordernis durch eine Anzeigepflicht ersetze. Die FDP lehnt insbesondere aus diesen Gründen den Gesetzentwurf der Landesregierung ab.

Ralf Jäger (SPD) hält seinem Vorredner entgegen, dass die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände deutlich differenzierter sei, als dieser sie dargestellt habe. Lediglich in zwei Punkten habe es leise Kritik gegeben. Im Wesentlichen gehe darum, die interkommunale Zusammenarbeit durch dieses neue Landesplanungsgesetz zu verbessern und bürokratische Hemmnisse der Vergangenheit abzubauen. Das sei im Sinne der Kommunen nicht vollständig gelungen, weil es mit den Zielen des Landesgesetzgebers nicht übereinstimme. Gleichwohl sei das Gesetz ein großen Schritt in Richtung Modernisierung der interkommunalen Zusammenarbeit; denn das Landesplanungsrecht werde aus kommunaler Sicht deutlich flexibler gestaltet und insbesondere komme es im Rahmen der Gebietsentwicklung zu kurzen und flexiblen Entscheidungswegen. Daher stimme seine Fraktion dem Landesplanungsgesetz zu, wohl wissend, dass noch einige Änderungsanträge vorgelegt würden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6101 mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

4 **Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 6222/13

Zuschrift 13/4629
Ausschussprotokoll 13/1425

Ewald Groth (GRÜNE) begrüßt für seine Fraktion den Entwurf, dem man deswegen zustimme, weil insbesondere festgeschrieben werde, dass es sich bei der Abwasserbeseitigung um eine kommunale Aufgabe handele, und den Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zugleich die Übertragung an Dritte ermöglicht werde. Das sei der richtige Weg.

Manfred Palmen (CDU) verweist darauf, dass das Land Schleswig-Holstein die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie mit 600 Millionen € berechnet habe. Bei dem vorliegenden Gesetz fehle jegliche Kostenschätzung. Der kommunalen Familie werde eine Reihe von neuen Aufgaben aufgebürdet und nirgendwo sei zu erkennen, in welcher Höhe sie dadurch belastet würden. Allein aus diesem Grunde lehne seine Fraktion im kommunalpolitischen Ausschuss den Gesetzentwurf ab.

Für **Ralf Jäger (SPD)** geht es bei diesem Gesetzentwurf aus Sicht des AKo insbesondere um die Frage der Vergabe von Abwasserbeseitigung durch die Kommunen an Dritte, ohne dass die Kommunen dabei die Verantwortung für Qualität und Durchführung der Aufgabe verlören. In Anbetracht der noch angekündigten Änderungsanträge seitens der Fraktionen von SPD und Grünen, die noch in das Verfahren eingebracht würden, schlage er vor, kein Votum an den Fachausschuss abzugeben.

Dr. Ingo Wolf (FDP) meint, die Ablehnung des Gesetzentwurfs seitens seiner Fraktion beruhe darauf, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wieder einmal in unzulässiger Art und Weise auf das EU-Recht draufgesattelt werde und die Eröffnung der Möglichkeit zur Privatisierung nicht eins zu eins umgesetzt werde. Deswegen lehne seine Fraktion den Gesetzentwurf ab.

Der **Ausschuss** folgt nach kurzer Verständigung dem Vorschlag des Abgeordneten Ralf Jäger (SPD), kein Votum abzugeben.